

Der Textil-Arbeiter

Veröffentlichung und Geschäftsstelle: Berlin D 34, Oranien Str. 8/9
Gesamtpreis: Amt Königsplatz 1006, 1078 und 1262 - Die Zeitung
erschient jeden Freitag
Telegraphische Adresse: Textilprolet Berlin

Verzinst seid Ihr nichts - Vereint alles!

Anzeigen und Werbungsblätter sind an Otto Schme, Berlin D 34,
Wiener Straße 2-9 (Postfachkonto 5386), zu richten. - Einzelpreis
nur durch die Post. Vierteljährlich 6 M.
Anzeigenpreis: 4 Mark für die dreispaltige Zeile

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes



ZUM ERSTEN MAI!

He, holka, Arbeitsvolf herbei!
Da draußen grünt der erste Mai
Und fördert frühes Blühen!
Nun ist es Zeit, mit frischer Kraft,
Mit mutgeschwellter Leidenschaft
Hinaus ins Feld zu ziehen!

Hinaus ins grüne Maiensfeld,
Hinaus, du Arbeitsvolf der Welt,
Hinaus zum Freiheitsreigen!
Mag jeder wissen, der uns haßt,
Daß wir uns nimmermehr der Last
Der Sklavenketten beugen!

Ja, pocht nur auf des Geldsacks Macht,
Ihr Herrn von Esse, Bau und Schacht,
Droht mit der Hungertüte!
Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht,
Wir lachen euch ins Speckgesicht
Mit ungehemmtem Mute!

Wir sind das Volk, wir sind die Kraft,
Die alle Arbeitswerte schafft,
Wir schreiten zum Gefechte!
Wir wollen, daß die Arbeit frei,
Daß keiner Herr noch Sklave sei,
Wir wollen Menschenrechte!

Wir fordern, daß der schändliche Hohn
Der ungehemmten Arbeitsfron
Auf alle Zeit verichwinde!
Achtstundentag! So haltet der Schrei
Wie immer auch am ersten Mai
Hell in die Frühlingswinde!

Hört es, ihr noblen Herrn im Frack,
Die ihr uns den Achtstundentag
Wollt rauben und vernichten:
Das schafft ihr nun und nimmermehr,
Nie wird der Arbeit starkes Heer
Auf dieses Recht verzichten!

Wir fordern auch am ersten Mai,
Daß ewig Völkerriede sei,
Daß nicht wie wilde Herden
Die Völker mit Gebrüll und Haß,
Mit Dolch und Flinte, Gift und Gas
Sich gegenseitig morden!

Drum auf am grünen Maientag!
Hoch lebe der Achtstundentag
Und hoch der Völkerrieden!
Die Arbeit werde endlich frei,
Es sei ein froher Völkermai
Der ganzen Welt beschieden!

TAEFS

Arbeiter, Gewerkschaftsmitglieder!

Der 1. Mai, der Demonstrationstag der Arbeiter aller Länder, kommt heran. Er ist in diesem Jahr von besonderer Bedeutung.

Der Achtstundentag.

dessen Erringung er von Anfang an gewidmet war, steht allem Anschein nach vor schweren Hemmungen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit hat zwar große Fortschritte gemacht in allen Ländern, so große, daß der Achtstundentag in fast allen Industrieländern vor der Verwirklichung steht. Aber der Ansturm der englischen Regierung, der unterstützt wird von den vereinten Unternehmern, die alle das Washingtoner Übereinkommen nicht wollen, kann den Fortschritt hemmen, wenn die Arbeiter nicht auf dem Posten sind.

Darum ist

Der 1. Mai in diesem Jahre ein Tag des Gelöbnisses.

alles daran zu setzen, daß die Pläne der Reaktion zunichte werden. Der Achtstundentag muß kommen und er wird kommen. Dafür werden die organisierten Arbeiter sorgen.

Die Sozialpolitik, für die wir am 1. Mai auch stets unsere Stimme erheben, hat gleichfalls von Jahr zu Jahr Boden gewonnen. Wir können das mit Stolz sagen, denn es ist nicht zuletzt unser Werk, auf das wir dabei verweisen. Wir erkennen den Fortschritt an, aber wir sehen auch die Lücken. Viel, außerordentlich viel, bleibt noch zu tun. Dazu bedarf es genau wie beim Kampf um den Achtstundentag starker Gewerkschaften, es bedarf dazu auch einer starken Arbeiterpartei, die im Reichstag vorwärts drängt. Der Mai ist in diesem Jahr der Wahlmonat.

Am 20. Mai

werden der Reichstag und verschiedene Landtage neu gewählt. Dabei geben unsere Mitglieder die Stimme ab für die einzige deutsche Arbeiterpartei,

für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Sie allein ist die Partei, auf deren Unterstützung wir jederzeit rechnen können bei der Verwirklichung unserer sozialpolitischen Ideen. Dieser Partei ist bei der Wahlarbeit in weitestem Maße zu helfen.

Damit dienen wir auch dem Weltfrieden, der trotz aller traurigen Erfahrungen im Weltkrieg noch immer gefährdet ist.

Wir wollen mit unseren Nachbarn in Frieden leben,

der der Wirtschaft und damit der Arbeit dient. Damit dienen wir aber auch der deutschen demokratischen Republik, die bewiesen hat, daß sie den Frieden will, der Republik, die wir brauchen als wichtigen Stützpunkt im Kampf gegen wirtschaftliche Unterdrückung, im Kampf für den Fortschritt.

Die Quelle jeden Fortschritts ist aber die Organisation.

Stolz steht die deutsche Arbeiterbewegung da.

Die Gewerkschaften haben im vergangenen Jahre 500 000 Mitglieder neu gewonnen. Das darf nur der Anfang des Fortschritts sein.

Arbeiter, organisiert euch! Feiert den 1. Mai in würdiger Form!

Der Vorstand des

Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Was heißt Verband?

Ich habe mich bemüht, eine Formel zu finden, die kurz den Zweck und Sinn der Gewerkschaft zu begründen, die jedem kurz zu sagen, was bedeutet der Verband, weshalb zu ihm muß halten jedermann unverwandelt. So hört denn, was Verband bedeutet und ihm Stärke schafft. Es ist geeinter Mut, geeinter Sinn, geeinte Kraft!

Jugend, demonstriere am 1. Mai.

Von Emil Schmidt.

Auf, auf! marschier! Wir rufen euch, ihr Jungen! Strömt herbei und sammelt euch bei den Asten! Heute gibt es nur kämpfende und demonstrierende Proletariat, Sozialisten, Genossen und keine Jungen und Asten, die sich feindselig gegenübersehen. Gemeinsam ist unser Ziel, gemeinsam unsere Aufgabe, gemeinsam unser Kampf! Schulter an Schulter die Jungen und Asten! Im gleichen Schritt! Wenn die roten Fahnen im Winde wehen und die Rieder laut ertönen, die Trommeln geschlagen werden, dann kommt herbei und schließt die Reihen. Am ersten Mai darf nie die Jugend fehlen, unsere Hoffnung, unsere Zukunft! Erster Mai! Völkermai! Menschheitsmai! Das Leben verjüngt sich und Freude und Hoffnung blüht in der Seele der Menschen, die in den heißen Wintermonaten hoffnungslos dahinsiechten! Dem bricht die Sonne strahlend hervor. Das Grün leuchtet und blau glänzt der Himmel. Es ist die blühende Natur, die uns wieder lebensfröh macht.

Und das Leben? Immer hoffen wir auf das Erwachen der Menschen. Am ersten Mai wird dieser Glaube an das Erwachen der Menschen überdacht, und wir müssen diesen Glauben laut in die Welt hineintrufen, so laut, daß er jemals aller Grenzen und Grenzpläne hörbar wird.

Wer ist am gläubigsten? Die Jugend. Sie glaubt an die Sonne, sie sich Bahn bricht, wenn die Wolken noch so schwarz am Himmel dahinjagen. Sie glaubt an den Sieg, selbst wenn die Uebermacht noch so groß ist. Sie glaubt aber auch an die Kraft des kämpfenden Proletariats! Folge dieser Glaube der Jugend uns erhalten bleiben, denn nur die Sache kann siegen, an die festeste geglaubt wird! Nicht anders haben die Kirchengemeinschaften die starke Macht über die Menschen. Sie haben viele, weil sie die Menschen umfassen, die religiös gläubig sind. Wir haben Glauben wollen wir in unserer Jugend haben, aber die Stärke dieses Glaubens an die Ideen des ersten Mai!

Jugend, kromme haken und hakenische dich an dem Anmarsch der proletarischen Masse, fühle ihre Macht und Stärke daran keinen Glauben. Markiere mit uns erlobe, die Größe der proletarischen Bewegung. Nur wenn du stark erleben kannst, Jugend, fühlst du dich verwirklicht und dem kämpfenden Proletariat. Erst mußst du mit diesem Gefühl zu uns kommen, mußst dich ganz innerlich erschließen von der Macht der kämpfenden Arbeiterklasse, dann kannst du überlegen, was diese Menschen in dieser Masse zusammenführt

Die 38. Maidemonstration.

Unsere diesjährige Maifeier steht international im Zeichen der besonderen Demonstration für die Ratifizierung des Washingtoner Achtstundentagabkommens, national im Zeichen der Neuwahlen zum Reichstag und zum Landtag.

Die Forderung der Dreiteilung des Tages in acht Stunden der Arbeit, acht Stunden der Erholung und acht Stunden Schlaf, beruht auf medizinisch-wissenschaftlicher Erkenntnis. Sie wurde wohl zum ersten Male von einem Arbeiterkongress im Jahre 1866 zu Baltimore erhoben. Dieser Kongress erklärte:

Das erste und große Erfordernis der Gegenwart, um die Arbeiter dieses Landes von der kapitalistischen Sklaverei zu befreien, ist der Erlaß eines Gesetzes, wodurch acht Stunden den Normalarbeitstag in allen Staaten bilden sollen. Wir sind entschlossen, alle unsere Macht aufzubieten, bis dieses glorreiche Resultat erreicht ist.

In demselben Jahre bekundeten die Arbeiter von Sun-
Kirch im Staate New York:

... daß die unter dem jetzigen System erreichte Länge der Arbeitszeit zu groß ist und dem Arbeiter keine Zeit zur Erholung und Entwicklung läßt, ihn vielmehr auf einen Tiefstand der Knechtschaft herabdrückt, der wenig besser als die Sklaverei ist. Deshalb beschließen wir, daß acht Stunden für einen Arbeitstag genügen und gesetzlich als genügend anerkannt werden müssen.

Und der Kongress der Internationalen Arbeiterassoziation zu Genf, Anfang September 1866, beschloß auf Vorschlag des Londoner Generalrats:

„Wir erklären eine Beschränkung des Arbeitstages für eine vorläufige Bedingung, ohne welche alle anderen Bestrebungen nach Emanzipation scheitern müssen... Wir schlagen acht Arbeitsstunden als gesetzliche Grenze des Arbeitstages vor.“

Vom 2. bis 6. Oktober 1887 hielt die deutsche Sozialdemokratie ihren Parteitag in St. Gallen ab. August Bebel begründete den Antrag auf Einberufung eines internationalen Arbeiterkongresses im Jahre 1888, der Kongress wolle ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiter aller Kulturländer in bezug auf eine internationale Arbeiterschutzesgesetzgebung vereinbaren. Einstimmig wurde beschlossen:

„Die Parteivertretung aufzufordern, in Verein mit den Arbeiterverbindungen anderer Länder für den Herbst 1888 einen internationalen Arbeiterkongress einzuberufen, zu dem Zweck, gemeinsame Schritte der Arbeiter aller Länder zur Verwirklichung einer internationalen Arbeiterschutzesgesetzgebung herbeizuführen.“

Die Ausführung dieses Planes wurde auf ein Jahr verschoben, da die französischen Sozialisten den Vorschlag machten, anfänglich der internationalen Weltausstellung zu Paris im Jahre 1889 einen internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongress abzuhalten. Dieser Kongress kam zustande. Er stellte ein internationales Arbeiterschutzesprogramm auf und erklärte den Achtstundentag als die Grundlage des Arbeiterschutzes.

Der Kongress ersuchte die Arbeiterklasse aller Länder, alljährlich am 1. Mai für die Durchführung des Achtstundentages zu demonstrieren. Als würdigste Form dieser Demonstration wurde die Arbeitsruhe am 1. Mai erklärt.

Die Arbeitszeit in Deutschland war damals noch vielfach in das willkürliche Ermessen des Unternehmers gestellt. Im Kleingewerbe wie im Handelsgewerbe wurde meist noch des Sonntags gearbeitet. Das Unternehmertum, das anfänglich über die Idee der Maifeier spottete, hatte bald

und gemeinsam für eine Sache, für eine Idee kämpfen läßt. Vom Gefühl zum Erkennen muß dein Weg zur sozialistischen Arbeiterbewegung sein.

Der grandiose Maiaufmarsch der demonstrierenden Arbeiter soll dir, Jugend, dieses große Erlebnis vermitteln. Wenn die Arbeiter in ihrem ruhigen Ernst, in ihrer harten Entschlossenheit aus allen Straßen der Stadt zusammenströmen, um einen gewaltigen Zug zu formieren, wenn die alten Kampffahnen vorangetragen werden, die schon manchen Sturm erlebt haben, wenn dieses Arbeiterheer mit würdigem Schritt durch die Straßen marschierst, dann fühlst du stolz, du Jugend, daß du mitmarschierst und mitfordern darfst! Denn du bist dann ein Teil der großen Bewegung des internationalen Proletariats, das am 1. Mai kämpft für Arbeiterschutzes, für Jugendschutz, für Achtstundentag, für Frieden und Freiheit!

Für dich, du Jugend, wird gekämpft, damit du dereinst weniger Kaiten zu tragen hast als heute deine Väter, und als du sie selbst schon mit jungen Jahren tragen mußt. Es wird gekämpft und gefordert für dich und deine späteren Kinder! Zukunftsarbeit ist der Kampf für den Sozialismus, für die sozialistische Gesellschaft!

Aber auch Gegenwartsarbeit fordert die Zugehörigkeit zur sozialistischen Arbeiterbewegung. Jugend, wisse, wenn du mit den alten Kämpfern am 1. Mai demonstrierst, daß du dann nicht nur für die sozialistische Gesellschaftsordnung demonstrierst, sondern auch für eine sehr bedeutungsvolle, politische Gegenwartsaufgabe: Zu fordern und zu kämpfen für den Sieg der sozialistischen Idee am 20. Mai, dem Wahltag!

Heraus denn und sich zu den Ideen des 1. Mai belannt. Wißt, daß ihr am 1. Mai nicht allein auf die Straße geht und für die Ziele des Sozialismus eintrittet, sondern daß alle jungen Menschen jenseits unserer Grenze mit euch brüderlich verbunden sind im gemeinsamen Ziel und ebenfalls ihre roten Fahnen hoch in den Wind heben, daß sie flattern und weichen sichtbar sind als Zeichen des vorantürmenden Sieges!

Jugend, euer Platz ist am 1. Mai an der Spitze des kämpfenden Proletariats! Ihr seid das Leben, euch steht die Zukunft offen, für euch wird gekämpft, deshalb müßt ihr für diese Zukunftsforderungen mitdemonstrieren, denn sie sind die euren!

Mai ist der Monat der blühenden Natur! Der 1. Mai der Tag der hoffenden Menschheit! Jugend wachst und blüht und hofft auf ein Jambouland, das sich vernünftigen soll! Es vernünftigen soll,

begriffen, um was es bei der Maifeier ging. Die „Knechte“, die sowohl nach der Meinung des Generalsekretärs des Bundes der Industriellen wie nach dem Gebot des Bischofs Henle in Regensburg Knechte bleiben sollten, schloßen sich an, ihre Knechtschaft abzuwerfen. Das noch in patriarchalischen Obrigkeitensbegriffen stehende und um seinen Profit damals wie heute besorgte Unternehmertum wollte sich das Aufbegehren der Arbeiterschaft gegen ihre „göttgewollte Abhängigkeit“ keineswegs ungestraft gefallen lassen. Wo sein Verbot der Arbeitsruhe am 1. Mai nicht fruchtete, schritt es zur Aussperrung und zur Maßregelung.

Ende 1890 waren in Deutschland etwa 300 000 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands verbandete Ende März 1891 den Beschluß, den 1. Mai nicht als Ruhetag zu feiern, mit Rücksicht auf die Machtmittel des Unternehmertums, die es rücksichtslos anwendete. Die Demonstration wurde auf den ersten Sonntag im Mai verlegt. Jahrelang währte der Streit um die Frage der Arbeitsruhe am 1. Mai. Die Maifeier ist schließlich ein Mittel zum Zweck der Herbeiführung ausreichenden Arbeiterschutzes.

Ist es auch bis heute noch nicht gelungen, die Arbeitsruhe am 1. Mai auf der ganzen Linie durchzusetzen, so ist es doch gelungen, die Arbeitszeit wesentlich zu verkürzen und die Arbeiterschutzesgesetzgebung vorwärts zu treiben.

Nach dem Kriege erhob die Arbeiterschaft in allen beteiligten Ländern die Forderung des Achtstundentages und das Unternehmertum machte gute Miene zu dem ihm nicht recht behaglichen Spiel. Nachdem in Deutschland der Achtstundentag als Demobilisationsmaßnahme eingeführt war, kamen die Vertreter der Regierungen, der Arbeiter und Unternehmer der Siegerländer im Jahre 1919 zu einer internationalen Arbeiterkonferenz in Washington zusammen — die Vertreter Deutschlands mußte man fernhalten — und hier wurde u. a. die Achtstundentagkonvention beschlossen, die zur Geltung in den einzelnen Ländern lediglich der Ratifizierung durch ihre Regierungen bedurfte. Diese Ratifizierung wurde so lange verzögert, bis das Unternehmertum sich von den Kriegsnachwehen und gewissen damit verbundenen Befürchtungen erholt hatte und sich gegen die Ratifizierung wandte.

Im nächsten Jahre fällt die Entscheidung darüber, ob das Washingtoner Übereinkommen unverändert bestehen bleiben soll. Da erklärte denn der Vertreter der englischen Regierung noch „rechtzeitig“, daß diese das Übereinkommen nicht ratifizieren werde, sondern seine Revision verlange, im rücksichtlichen Sinne natürlich.

Mit aller Deutlichkeit muß deshalb die Arbeiter- und die Angestelltenchaft am 1. Mai sich gegen diesen Anschlag auf den Achtstundentag wehren und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens fordern.

Die Wirschaft des Achtstundentagabkommens zeigt uns deutlich den Unterschied zwischen einer Regierung, die vom Unternehmertum so stark beeinflusst ist wie unsere verflorrene Bürgerblockregierung und einer Regierung, in der die Arbeiterschaft sich die gebührende Geltung gesichert hat. Beiden Wahlen am 20. Mai muß auch der Einfältigste begriffen haben, worum es geht. Unsere Ausgabe muß es sein, am 1. Mai vernünftig unseren Willen zu bekunden und die Wählermassen aufzurütteln, damit keine Bürgerblockregierung mehr in Deutschland ans Ruder kommt.

wenn Jugend sich einfindet bei den Asten, die am 1. Mai für die Forderungen des internationalen Sozialismus kämpfen! Jugend, wir erwarten dich!

Freiheitsbewegung der Neger.

Dinge, an die man vor wenigen Jahren überhaupt noch nicht dachte, ereignen sich jetzt in der Freiheitsbewegung der Neger im früheren Deutsch-Ostafrika.

Die vor zwei Jahren unter Führung des britischen Unterstaatssekretärs für die Kolonien nach Ostafrika gesandte britische Parlamentskommission hatte in ihrem Bericht darauf hingewiesen, daß die Männer unter den Negern vielfach faulenzten und ihre Frauen alle Arbeit leisten lassen.

Als Protest haben die Neger jetzt eine Vereinigung der Steuerzahler gebildet. Sie sagen, daß der Bericht der obengenannten Kommission unwahr ist und nur als Entschuldigung dazu dienen sollte, um die Männer unter der Negerbevölkerung zur Arbeit auf den Plantagen der Weißen zu zwingen. Sie weisen schärfstens darauf hin, daß niemand ein Recht hat, sie zu solchen Arbeiten zu zwingen, so lange sie ihre Steuern regelmäßig bezahlen.

Weiterhin protestiert die Vereinigung gegen die europäische Majorität in dem sogenannten gesetzgebenden Rat des Mandatgebietes. Zum mindesten verlangen sie darin eine Vertretung, wie sie ja auch den indischen Anwohnern gewährt wurde. Sie fordern die Ernennung eines Negers als Mitglied des Rates. Weiterhin verlangen sie die Einberufung von Bezirksräten und die Bildung einer beratenden Zentralversammlung, in der auch alle anzuführenden Gesetze vom Standpunkt der Neger aus beleuchtet werden können.

Es ist interessant, wie die Freiheitsbestrebungen der großen Nationen, die sich ja in den letzten Jahrzehnten besonders stark in Ost- und Nordafrika bemerkbar machen, nun auch immer mehr im übrigen Afrika in Erscheinung treten. In Britisch-Westafrika, wo ja die europäische Kultur durch Schulen und andere europäischen Einrichtungen schneller Eingang fand, haben die Engländer den Neger viele Konzessionen machen müssen. Heute gibt es dort sogar schon eine Negeruniversität. Durch die dauernde Verbesserung der Verkehrswege zu Wasser, zu Lande und in der Luft wird die Welt immer kleiner. Moderne Ideen bringen auch immer stärker in Afrika ein. Die Neger wollen sich nicht mehr als minderwertiger Teil der Menschheit behandeln lassen.

Bilanzspiegel

Betrachtungen zum Abschluß der Bielefelder Akt.-Ges. für Mechanische Weberei.

Trotz lebhafter Nachfrage nach ihren Erzeugnissen, trotz erheblicher Umsatzsteigerung bleibt die Bielefelder Akt.-Ges. für Mechanische Weberei, die jetzt ihren Abschluß für das Geschäftsjahr 1927 vorlegt, zum dritten Male ohne Dividende. Die Gesellschaft fabriziert rohe und gebleichte Leinen, Baumwollgewebe, Dresse, Handtücher und Schnelbleinen, alles Erzeugnisse, in denen ein lebhafter Inlandsbedarf besteht. Im Geschäftsbericht wird auch zugegeben, daß im abgelaufenen Jahre eine Ausnutzung der Betriebsanlagen in zunehmendem Maße möglich war, in großem Umfange eine Erneuerung des Hauptwertes Bielefeld durchgeführt und die Fälschweberei in Spange bei Bielefeld ausgebaut werden konnte. Weiter wurde der Maschinenbestand in starkem Umfange vermehrt.

Die Mechanische Weberei Bielefeld besteht seit 1864 und arbeitet mit einem Aktienkapital von 1 756 000 M., das Vorkriegskapital betrug 2 400 000 M. Die Gesellschaft steht in engen Beziehungen zum Bankhaus Desbrüd, Schädler und Co., Berlin, zu der Dresdner Bank und dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein in Köln, die im abgelaufenen Jahre für den Ausbau der Werke ein Darlehen von 500 000 M. zur Verfügung gestellt haben, das, wie es im Jahresbericht heißt, durch Erhöhung des Aktienkapitals zu gegebener Zeit abgelöst werden soll. Die der Gesellschaft nahestehenden Banken haben also die Absicht, über Jahr und Tag durch Ausgabe neuer Aktien an den Kapitalmarkt zu appellieren und sich von den dann einkommenden Geldern für ihr Darlehen samt Zins und Zinseszins schablos zu halten. Einsteilen stehen ohne nähere Angaben unter den Schuldposten der Bilanz 178 140 M. auf einem Kreditskonten, anscheinend als Sicherstellung für die Zinsen der Darlehensforderung und anderer Bankschulden. Der gegenwärtige Kurs der Aktien an der Berliner Börse beträgt 104 Proz., im Jahre 1924 war der Aktienkurs bis auf 15 Proz. heruntergegangen. Mit anderen Worten: Die Aktien werden heute an der Börse siebenmal so hoch bewertet als vor vier Jahren, trotzdem damals eine Dividende von 6 Proz. zur Ausschüttung gelangte. 1925 und 1926 wurde ebenso wie für das jetzt abgelaufene Jahr keine Dividende gezahlt.

Geht es nun der Gesellschaft wirklich so schlecht wie man nach drei dividendenlosen Jahren annehmen müßte? Die Beantwortung dieser Frage an Hand der Bilanz ist nicht leicht. Der Rohgewinn wird nach Abzug der Webereikosten mit 988 000 M. ausgewiesen und ist rund 60 Proz. höher als im Vorjahre. Die Ausgaben für Handlungsunkosten, Steuern und Abgaben, soziale Versicherungen und Sachwertversicherungen, die in den Vorjahren einzeln ziffermäßig ausgewiesen wurden, sind in der diesjährigen Gewinn- und Verlustrechnung in einer Summe und zwar mit zusammen 521 536 M. (gegenüber 481 066 M. im Vorjahre) aufgeführt. Für Ausbesserungen und Abschreibungen auf Werkanlagen werden rund 266 000 M. mehr als im Vorjahre ausgewiesen, so daß ein Reingewinn von 142 914 M. verbleibt, von dem weitere 100 000 M. zu außerordentlichen Abschreibungen verwendet werden sollen und der Rest auf neue Rechnung vorgetragen wird.

In der Bilanz finden wir dieselbe Zusammenfassung mehrerer Posten. Die Grundstücke, Gebäude und Werkanlagen in Bielefeld und Spenge stehen mit zusammen 1 357 614 M. zu Buch, das sind rund 230 000 M. mehr als im letzten Jahre. Die Gesellschaft nennt einen Grundbesitz im Umfange von 78 995 Quadratmeter ihr eigen, wovon 21 910 Quadratmeter bebaut sind. Garne und andere Waren sowie Materialien stehen ebenfalls in einer Summe mit 1 423 511 M. zu Buch, das ist gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von fast 100 Proz. Die Außenstände für gelieferte Waren betragen rund 1,3 Millionen M., das ist fast eine halbe Million Mark mehr als im Jahre 1926. Auf der anderen Seite haben sich die Schulden der Gesellschaft in gleichem Umfange und zwar auf 1,18 Millionen Mark vermehrt, ohne daß ersichtlich gemacht ist, wieviel davon Lieferantenforderungen und wieviel Bankschulden sind. Dazu kommt das bereits erwähnte Darlehen von 500 000 M., das besonders ausgewiesen ist.

Die Bilanz zeigt also, daß in weitem Umfange Mittel zur inneren Festigung und zum Ausbau der Werkanlagen verwendet worden sind, so daß die Aktionäre, denen ja die bittere Pille des dritten dividendenlosen Abschlusses dadurch verfüßt wird, daß man ihnen bereits jetzt die Ausgabe junger Aktien in Aussicht stellt, sich wohl oder übel mit diesen Maßnahmen der Verwaltung abfinden müssen. Selbstverständlich bestehen auch bei dieser Gesellschaft Vorzugsaktien und zwar 1900 Aktien im Nennwerte von je 6 M., die ein fünffaches Stimmrecht haben, also mit 5000 Stimmen in den Generalversammlungen auftreten können. Dagegen haben die gesamten übrigen Aktienbesitzer nur 587 1/2 Stimmen, obgleich sie von dem gesamten Aktienkapital von 1 756 000 M. die überwältigende Mehrheit, nämlich 1 750 000 M. verkörpern. Die der Verwaltung nahestehenden Kreise können also allein mit Hilfe der 6000 M. Vorzugsaktien die Mehrheit der Aktienbesitzer glatt vergewaltigen. Uebrigens ist ein großer Teil der Aktien in Händen von Großaktionären. Daraus erklärt sich das Streben der Verwaltung nach innerer Festigung der Gesellschaft. In späteren Jahren, wenn der offene und heimliche Ankauf der Aktienpakete beendet, die Herrschaft der Großaktionärgruppen oder der Verwaltung fest genug verankert ist, dann hofft man die Ernte in die Scheuern fahren zu können.

Die Kleinaktionäre stehen diesen Verhältnissen nicht nur machtlos, sondern auch gleichgültig gegenüber, überlassen das Stimmrecht in den Generalversammlungen den Banken, bei denen die Aktien im Depot liegen. Wir haben aber bisher nicht nötig, uns für die Kleinaktionäre einzusetzen, die ja ihr Geld ebensogut zur Sparrasse bringen können. Für uns handelt es sich darum, den Versuch zurückzuweisen, mit dem Hinweis auf die Dividendenlosigkeit, der Arbeiterschaft angemessenen Anteil an den Erfolgen der Rationalisierung vorzuenthalten. Der Geschäftsbericht der Mechanischen Weberei Bielefeld bestätigt in vollem Umfange unsere Auffassung, daß bei anders gearteter Finanzpolitik sehr wohl die Ausschüttung einer Dividende möglich gewesen wäre. Keinesfalls aber besteht für die Leitung dieser Gesellschaft, die lebhafteste Nachfrage nach ihren Erzeugnissen, volle Ausnutzung der Betriebsanlagen und erhebliche Umsatzsteigerung vorzeichnen

Unsere Lohnbewegungen.

Beendigung des Kampfes in Bayern.

Die beiden Schiedsprüche für Nord- und Südbayern wurden vom Sozialminister für verbindlich erklärt. Damit sind die Differenzen in Nordbayern und die Streiks im Allgäu erledigt.

Schiedspruch für den nordostdeutschen Tarifbezirk.

(Bezirk Groß-Berlin und Nowawes.)

Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin fällt einen Schiedspruch, der die Tariflöhne in der Spitze um zirka 11 Pf. erhöht, eine neue Gruppierung der Branchen vorsieht und die anzuordnende Arbeitszeit auf 51 Stunden festlegt. Ob der Schiedspruch angenommen wird, ist noch zweifelhaft.

Manteltarif für die Niederlausitz.

Der Schlichter für Brandenburg hatte die Parteien zum 18. April geladen. Da eine Einigung zwischen den Parteien nicht erzielt werden konnte, kam es zu einem Schiedspruch. Die Ferienbestimmungen wurden dahingehend geändert, daß anstatt wie bisher 42 Stunden 48 Stunden bezahlt werden müssen. Bisher wurde der Zeitlohn vergütet, in Zukunft soll für die Zeitlöhner Zeitlohn plus 5 Proz. und für die Akkordarbeiter Zeitlohn plus 15 Proz. gezahlt werden. Die Jugendlichen sollen für die in die Arbeitszeit fallende Veräumnis für Fach- und Fortbildungsschulunterricht den Zeitlohn erhalten. Eine Entscheidung der Parteien über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches steht noch aus.

Die Tarifbewegung in Württemberg.

Am 14. April hatte der Schlichtungsausschuß Stuttgart auf Antrag der Unternehmer Verhandlungen angefangen. Die Unternehmer machten trotz ihres Antrages vor Beginn der Verhandlungen Schwierigkeiten. Dieses Vorgehen war zweifellos ein taktisches Manöver, um den Vorsitzenden, Herrn Dr. Kimmich, einzuschüchtern. Die Unternehmer hatten Glück damit. Der Vorsitzende entwickelte seine „volkswirtschaftlichen Ueberzeugungen“, die einem Dr. Weißner alle Ehre gemacht hätten. Der gefällige Schiedspruch war nun auch dem-

entsprechend. In der langen Wochenarbeitszeit von 54 Stunden wurde nichts geändert. Der Spitzlohn wurde nur um 4 Pf. pro Stunde erhöht. Die Veränderungen im Manteltarif sind nur geringfügiger Art. Die Laufdauer wurde auf 1 Jahr festgesetzt. Herr Dr. Kimmich scheint selbst von der Unhaltbarkeit seines Schiedspruches überzeugt zu sein, denn er fügte diesem eine sehr lange „Begründung“ bei. Die Vertreter der Arbeiterschaft haben den Schiedspruch abgelehnt.

Schiedspruch für die Pfalz.

Der Schlichtungsausschuß Ludwigshafen fällt am 14. April einen Schiedspruch für die Pfalz, der den Lohn für Lombrecht und Kaiserslautern auf 68 Pf. und für Ludwigshafen auf 69 Pf. festlegte. Der Frauenlohn ist von 70 auf 72 Proz. des Männerlohnes erhöht worden. Darüber hinaus sind sämtliche unteren Altersklassen sowohl bei den Männern wie bei den Frauen um 2 Proz. zum Männerlohn erhöht worden.

Textildividenden.

Verenigte Deutsche Textilwerke A.-G. Jittau. Der Aufsichtsrat beschloß für 1927 eine Dividendenverteilung von 10 Proz. (i. B. 6 Proz.) vorzuschlagen.

Wagner u. Motas A.-G. Jittau. Es ist eine Ausschüttung von 8 Proz. (i. B. 4 Proz.) Dividende vorgesehen.

Hermann Wünsche Erben A.-G. Ebersbach i. Sa. Es ist beantragt 6 Proz. (i. B. 4 Proz.) Dividende auszuzahlen.

Verenigte Jute-Spinnereien und Webereien A.-G. Hamburg. Der Reingewinn der Gesellschaft wird für 1927 mit 963 808 M. ausgewiesen. Die Dividendenauszahlung soll wieder ausgenommen werden; eine Ausschüttung von 6 Proz. ist vorgesehen.

Gruschwitz Textilwerke A.-G. Neusalz a. d. Ober. Die Gesellschaft erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von 1 430 000 RM., der sich demnach gegenüber dem Vorjahr, wo ein solcher von 740 000 RM. ausgewiesen wurde, beinahe verdoppelte. Es sollen 7 Proz. Dividende (i. B. 5 Proz.) auf Stammaktien und 6 Proz. auf Vorzugsaktien verteilt werden.

Thüringer Wollgarne-Spinnerei A.-G. Leipzig. Der Reingewinn der Gesellschaft stieg von 682 740 RM. des Vorjahres auf 777 868 RM. im abgelaufenen Geschäftsjahr, woraus 14 Proz. Dividende (i. B. 12 Proz.) verteilt werden sollen.

Unüberlegte Entscheidungen des Reichsarbeitsministeriums.

Von einem geradezu unhaltbaren Durcheinander in der Entscheidungspraxis des Reichsarbeitsministeriums zeugt folgender Fall:

Der Schlichtungsausschuß Kassel fällt einen Arbeitszeit-schiedspruch für die dortige Textilindustrie in drei Ziffern. Die Ziffer 1 legte die Arbeitszeit, die auf Anordnung des Arbeitgebers zu verrichten ist, die Ziffer 2 die Bezahlung der angeordneten Mehrarbeit und die Ziffer 3 die Laufdauer des Abkommens fest.

Auf den Antrag der Arbeitgeberseite, diesen Spruch für verbindlich zu erklären, beschloß sich der stellvertretende Schlichter, Regierungsrat Dr. Kollath in Kassel, mit diesem Spruch und erklärte Ziffer 1, also die anordnungsfähigen Mehrarbeitszeitstunden und Ziffer 3, das heißt die Laufdauer des unteilbaren Schiedspruches für verbindlich, dagegen Ziffer 2, die Bezahlung der Mehrarbeitsstunden aus Ziffer 1 des Spruches nicht für verbindlich erklärt wurde. Somit verurteilte der Spruch die Kasseler Textilarbeiterschaft zur Leistung von Mehrarbeit, ohne ihr zu sagen, was sie für die Leistung dieser Arbeit an Bezahlung zu beanspruchen hat. (Nach der herrschenden Rechtsauffassung hat jeder Mensch ein sittliches Anrecht darauf.)

Hinzu kommt, daß derselbe Schlichter am 16. Juli 1927 auf Grund § 6a Abs. 4 der Arbeitszeitverordnung bereits 25 Proz. Zuschlag angeordnet hatte, nun aber die Ziffer 2 des Schiedspruches deswegen nicht verbindlich erklärte, um auf Antrag der Arbeitgeber nur 20 Proz. für die Mehrarbeit, also eine Verschlechterung, anzuordnen.

Gegen diese, den Bestimmungen der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 widersprechende Spruchhandlung des Schlichters wurde Beschwerde beim Reichsarbeitsministerium eingelegt. Hier wurde nicht etwa die unhaltbare Entscheidung des stellvertretenden Schlichters in Kassel korrigiert, sondern im Gegenteil diesem Kuriosum noch eine

kann, ein Grund zur Schwarzmalerei, wenn es sich um die so notwendige Verbesserung der Löhne ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen handelt.

Die Verwaltung der Bielefelder Mechanischen Weberei möge einmal nachforschen, wie es denn in den Haushalten ihrer eigenen Arbeiterschaft bestellt ist, in welchem Umfange diese Haushaltungen noch für die eigenen Erzeugnisse aufnahmebedürftig sind. Dies, trotzdem in der Mehrzahl der Fälle mehrere Familienmitglieder der Lohnarbeit nachgehen und nachgehen müssen. Wo ist der wohlgefüllte Leinen- und Wäscheschrank der heiratsfähigen Hausväter, der in der Vorkriegszeit eine Selbstverständlichkeit war? An Stelle des Strebens, diesen ungeheuren Inlandsbedarf zu befriedigen, finden wir im Geschäftsbericht die recht seltsam anmutende Klage, daß die Verkaufspreise unter dem Druck des scharfen Wettbewerbs vielfach unzureichend blieben. Es sei gestattet hierauf kurz und treffend mit Henry Ford zu antworten: Starres Festhalten an hohen Preisen bei niedrigen Löhnen, das ist die leichteste aber gleichzeitig die niederlichste Art Geschäfte zu machen.

Krone durch folgenden Entscheid des Reichsarbeitsministeriums aufgesetzt.

Der Reichsarbeitsminister. Berlin NW 40, den 15. März 1928.
Nr. IIIa 2792 II. Schornhorststr. 35.

An den Deutschen Textilarbeiter-Verband, Hauptvorstand, Berlin O 34.

Auf das Schreiben vom 24. Februar 1928
— TL 3130/28. Wis/Wo. —

Betrifft: Beschwerde über Verbindlichkeitsklärung und bindende Regelung gemäß § 6a der Arbeitszeitverordnung durch einen Schlichter.

Den Anträgen Ihrer Beschwerdechrift vermag ich nicht stattzugeben. Die Aufhebung der Entscheidung des Schlichters und des Schiedspruches des Schlichtungsausschusses und die Zurückweisung der Angelegenheit zur erneuten Behandlung ist nach der Schlichtungsverordnung unzulässig.

Ich kann aber auch nicht zugeben, daß das Verfahren des Schlichters rechtlich zu beanstanden sei. Gemäß § 25 Abs. 2 Satz 2 der Ausführungsverordnung zur Schlichtungsverordnung konnte die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches zu Punkt 2 verfaßt, im übrigen aber ausgesprochen werden, weil die Frage der Bezahlung der Ueberstunden mit deren tarifvertraglicher Zulassung nicht notwendig zusammenhängt. Bei tarifvertraglicher Zulassung von Ueberarbeit ohne Regelung der Bezahlung gilt an sich § 6a Abs. 2 der Arbeitszeitverordnung. Da jedoch im vorliegenden Falle allgemein Streit über die Höhe der Vergütung bestand, hat der Schlichter gemäß § 6a Abs. 3 eine bindende Regelung über die Höhe der Vergütung getroffen.

In Vertretung gez.: Dr. Geib.
Bekanntlich:
gez.: Schiemann, Ministerial-Rangleitend.

Stempel: Reichsarbeitsministerium.

Das Reichsarbeitsministerium teilte einfach mit, daß das Verfahren des Schlichters rechtlich nicht zu beanstanden ist, weil die Trennung des Spruches möglich sei, da die Bezahlung der Ueberstunden mit ihrer tarifvertraglichen Zulassung nicht notwendig zusammenhänge.

In davorliegenden Fällen, in denen ein Spruch in der Lohn- und ein Spruch in der Arbeitszeitfrage gefällt war, von der Arbeiterschaft der Lohnschiedspruch angenommen, der Arbeitszeitchiedspruch abgelehnt worden ist, erklärte das Reichsarbeitsministerium stets beide Sprüche für verbindlich mit der Begründung, die Arbeitszeitfrage sei eine Lohnfrage, und beides hänge unbedingt notwendig zusammen!

Eine solche Einstellung des Reichsarbeitsministeriums nach dem Grundsatz „rein in die Kartoffeln, raus aus die Kartoffeln“ bedeutet, soweit die Entscheidungspraxis in Frage kommt, eine Gefahr für alle Gewerkschaften und die gesamte Arbeiterschaft.

Diese Gefahr gewinnt an Bedeutung, wenn man bedenkt, daß nicht irgendeine untergeordnete Stelle des Ministeriums den Bescheid an den Deutschen Textilarbeiter-Verband erteilte, sondern daß es der höchste Beamte des Ministeriums, Herr Staatssekretär Dr. Geib, war, der mit seinem Namen einen solchen unhaltbaren Standpunkt deckt.

Politische Wochenschau.

Gewerkschaften und Wahlen. — Ein Stimmungsbarometer. — Ein deutschnationales Wahlmanöver. — Die Angst der Industriellen vor den Wahlen. — Das Attentat von Mailand. — Ein amerikanischer Friedenspakt.

In einer großen Versammlung der Berliner Lithographen und Steindruckere hat Peter Graßmann, der 2. Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, einige allgemein interessierende Ausführungen über die Stellung der Gewerkschaften zu den bevorstehenden Wahlen gemacht. Es sei falsch, so erklärte er, daß die Gewerkschaften sich nicht um Politik kümmern. Sie haben stets versucht, neben der Durchführung ihrer programmatischen Forderungen, wie es zum Beispiel die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erzielung auskömmlicher Löhne sind, sich der politischen Faktoren zu bemächtigen. Selbstverständlich kann kein Gewerkschafter einer der Rechtsparteien seine Stimme geben. Denn gerade sie sind es, die den politischen Einfluß der Arbeitermassen zurückdrängen suchen und deren Lebenshaltung durch ihre Politik ständig verschlechtern. Als politische Interessenvertretung der Gewerkschaften kommt nur die Sozialdemokratische Partei in Betracht, die stets für die Forderungen der Gewerkschaften gekämpft hat. Die Kommunistische Partei dagegen bekämpft die Gewerkschaften und sucht diese für ihre politischen Zwecke zu benutzen. Könnten die Kommunisten die Gewerkschaften „erobert“, so würden diese bald machtlos am Boden liegen und die Arbeiter wären der Willkür der Unternehmer ausgeliefert. Daher kann es für jeden Gewerkschafter am 20. Mai nur die eine Parole geben: Jede Stimme der Sozialdemokratie!

Als Stimmungsbarometer läßt sich der Ausgang der Gemeinderatswahlen ansehen, die infolge von Eingemeindungen in zwei Nachbarorten von Hamburg vorgenommen wurden. In Billstedt stieg die sozialdemokratische Stimmenzahl seit 1924 von 1793 auf 2582, die beiden Kommunistenparteien konnten mit 1096 und 406 ihre früheren Stimmen gerade noch halten, die bürgerliche Einheitsliste dagegen ging von 1950 auf 1429 Stimmen zurück. Ähnlich in Pinneberg: Sozialdemokraten 1437 (864), Kommunisten 752 (749), bürgerliche Einheitsliste 1942 (2257) Stimmen.

Die Deutschnationalen, die vor allem eine schwere Wahlniederlage zu erwarten haben, sind nun auf einen ganz besonders schlaun Wahltrick verfallen. Sie haben ihren Reichsinnenminister von Reudell eine Verordnung an die Länderregierungen richten lassen, wonach diese den kommunistischen Roten Frontkämpferbund wegen angeblicher Wahlgefährdung verbieten sollen. Die Deutschnationalen spekulieren offenbar so: Es ist zu befürchten, daß die Sozialdemokraten so stark aus dem Wahlkampf hervorgehen werden, daß niemals mehr an eine Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung zu denken ist. Es kommt also darauf an, durch die Unterstützung der Kommunisten den verhassten Sozialdemokraten möglichst großen Abbruch zu tun. Das Verbot des Roten Frontkämpferbundes ist nun erstens eine glänzende Reklame für die Kommunistische Partei, zweitens sollen Märtyrer geschaffen werden, um den Kommunisten auch in solchen Kreisen Sympathien zu erwerben, die sonst nichts von ihnen wissen wollen. Durch diese Rechnung ist allerdings sofort ein dicker Strich gemacht worden. Die Regierungen Preußens und der meisten anderen Länder haben gegen die Verfügung beim Staatsgerichtshof Klage angestrengt, so daß tatsächlich das deutschnationale Verbot im allergrößten Teile Deutschlands gar nicht durchgeführt wird. Eine Ausnahme macht im wesentlichen nur das deutschnational regierte Württemberg. Die Kommunisten haben den Ball, den ihnen die Deutschnationalen mit dem Verbot zugeworfen haben, auch sofort aufgefangen. Sie schimpfen nicht so sehr auf die Deutschnationale Partei und deren Minister, sondern sie greifen die Sozialdemokraten an, trotzdem doch gerade sie vor allem in der preussischen Regierung dafür gesorgt haben, daß das läppiische Verbot nicht durchgeführt wird!

Welche Anstrengungen die Industriellen machen, um die Wahl von Arbeiterabgeordneten zu verhindern, geht aus einer vertraulichen Denkschrift des Verbandes sächsischer Industrieller hervor. Es wird dort darüber Klage geführt, daß das parlamentarische System zu einer außerordentlichen Steigerung des Machtgefühls und der tatsächlichen Macht der Arbeitnehmerschaft geführt habe. In den Beschlüssen des Reichstags käme besonders in sozialpolitischen Fragen zunächst der Standpunkt der Arbeiter zum Ausdruck, während die Unternehmer dort nur geringen Einfluß hätten. Die Unternehmer werden dann aufgefordert, doch nicht so kraulerig mit ihren Zuwendungen für Wahlzwecke zu sein. Jede tausend Mark, die jetzt zur Stärkung des industriellen Einflusses gegenüber der Gesetzgebung gegeben werden, ersparen der Industrie vielleicht hunderttausende von Mark, die sie zahlen müßte, wenn dieser Einfluß wegfiel. Hier wird also mit aller Deutlichkeit gesagt, daß die Industriellen ihren Einfluß auf die Parlamente dazu ausnützen wollen, um sich im Wege der Gesetzgebung materielle Vorteile auf Kosten der Arbeiterklasse zu verschaffen. Demgegenüber müssen die Arbeiter erst recht alle Kräfte daran setzen, die Sozialdemokratie im Reichstag und in den einzelstaatlichen Parlamenten so zu stärken, daß kein Gesetz mehr geschaffen werden kann, das sich gegen die proletarische Klasse richtet!

Vor der Eröffnung der Mustermesse in Mailand ist dort eine Holzsägemaschine zur Explosion gebracht worden, die 18 Tote und zahlreiche Verletzte forderte. Das Attentat war gegen den italienischen König gerichtet, da sich aber dessen Ankunft verzögert hatte, fielen viele Unschuldige der Bombenstarke zum Opfer. Wer der Täter ist, konnte trotz fleißigster Tätigkeit der italienischen Polizei bisher nicht festgestellt werden. Man hat zwar eine große Anzahl von angeblich verdächtigen Personen festgenommen, aber den Richtigen hat man ebensowenig gefunden, wie bekannt ge-

worden ist, aus welchen Gründen das Attentat unternommen worden war. Das eine steht jedoch fest: Die Schreckenstat von Mailand ist eine Frucht jener Politik, die mit brutaler Gewalt jede freiheitliche Bewegung zu unterdrücken sucht.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben an die Regierungen der Großmächte England, Frankreich, Deutschland, Italien und Japan eine Note gerichtet, in der der Abschluß eines Paktes zur Verhinderung jeden Krieges vorgeschlagen wird. Die Mächte sollen auf den Krieg zur Lösung internationaler Streitigkeiten verzichten und miteinander vereinbaren, daß alle Konflikte nie anders als durch friedliche Mittel gelöst werden sollen. Es wäre sicher gut, wenn ein solcher Vertrag zustande käme. Aber sollten Amerika und die anderen Staaten nicht vorher ernstlich an die Abrüstung herangehen und damit beweisen, daß der Friedenpakt kein Stück Papier bleiben soll? Auch hierzu muß wieder gesagt werden: Ein wirklicher Frieden zwischen den Völkern wird erst dann kommen, wenn die Arbeiterklasse sich den ihr zustehenden Einfluß auf die Staatsgewalt erkämpft hat.

Schwarze Listen.

Der Arbeitgeberverband der Deutschen Textilindustrie vertritt in letzter Zeit an seine Mitglieder sehr beachtliche Rundschreiben. Das letzte hat folgenden Wortlaut:

„Arbeitgeberverband der Deutschen Textilindustrie. Rundschreiben Nr. 3/M. Berlin W 10, den 16. April 28. Tgb.-Nr. 178. Rauchstr. 20.“

An die Mitglieder des

Arbeitgeberverbandes der Deutschen Textilindustrie. Betr.: Meisterperre.

Mit unserem Rundschreiben Nr. 127/M. vom 3. 3. 28 Tgb.-Nr. 8324 hatten wir bekanntgegeben, daß bei der dem Verband Süddeutscher Textilarbeiter, Augsburg, angehörenden Firma J. B. Wemberg u. Co., Werk Augsburg, eine Anzahl Meister infolge Arbeitsstreitigkeiten gekündigt hatten, und hatten gebeten, zu veranlassen, daß diese Meister bei anderen Firmen im Bereiche unserer Mitgliedsverbände gegebenenfalls nicht zur Einstellung angenommen würden.

Die Streitigkeiten haben inzwischen ihre Erledigung gefunden, so daß die Sperre nunmehr hinfällig geworden ist.

Arbeitgeberverband der Deutschen Textilindustrie. Der Geschäftsführer: gez.: Dr. Kraue.

Wö/Ru.“
Also, wer unzufrieden ist und sein Arbeitsverhältnis kündigt, soll in ganz Deutschland keine andere Arbeitsstelle erhalten.

Berichte aus Fachreisen.

Kassel. Die 9. Delegiertenversammlung, die letzthin im Gewerkschaftshaus tagte, nahm den Bericht vom Geschäftsjahr 1927 entgegen. Es waren erschienen sämtliche 25 Delegierte, darunter zwei Kolleginnen, acht Verwaltungsmitglieder und vier Beisitzer. Ferner nahm Geweiler Kollege Edel an der Tagung teil. Ueber die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete umfangreiche Arbeit wurde schriftlich und mündlich berichtet.

Der Kollege Kolbe schilderte in seinem mündlichen Bericht den gewerkschaftlichen Aufbau seit der Inflation, wo mit leeren Kassen und folglich unter zusammengebrochener gewerkschaftlicher Macht die Aufbauarbeit begonnen werden mußte. Die Rückschlüsse, die uns von neuem die beispiellose Wirtschaftskrise 1926 brachte, sind längst wieder überwunden, das Geschäftsjahr 1927 brachte uns auf fast allen Gebieten einen gesunden Aufstieg. Es wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Mantelvertrag mit sieben Branchentarifen erneuert sowie zwei Lohnregelungen durchgeführt. Diese Abschlüsse brachten in der Hauptsache eine Fortenerweiterung, Zuschlags-erhöhungen für einzelne Gruppen und eine Erhöhung der Zeitzölne in der Spitze um 18 Proz. Die Erhöhung der Akkordlöhne verursachte sehr viel Streit in den Betrieben, die in zwei Fällen sogar zu Betriebsausperrungen führten; in einem Fall wurde eine endgültige Regelung erzielt, in dem anderen, wo die Kollegenschaft noch zu mangelhaft organisiert war, läßt die vollständige Anwendung des Tarifvertrages noch auf sich warten.

Ein besonderer monatelanger Verhandlungskampf mußte gegen die Forderung der Unternehmer auf Ueberstunden geführt werden. Den vordem vom Schlichter festgelegten Ueberstundenzuschlag von

25 Proz. zum Zeitlohn wollten die Unternehmer nicht mehr zahlen sie wollten ihn auf 15 Proz. abgebaut haben, da, wie die Syndikate behaupteten, angesichts der erfolgten Lohnerhöhung der Zuschlag mit 25 Proz. für sie nicht mehr tragbar sei, obwohl wir feststellen konnten, daß verschiedene Unternehmer in Betriebsabteilungen außerhalb Kassels den Zuschlag in voller Höhe, ja, noch mehr zahlten. Mit Hilfe des Herrn Schlichters wurde dann ein Ueberstundenzuschlag von 20 Proz. zum Zeitlohn festgesetzt.

Wie die Textilindustriellen im Allgemeinen sind und wie schwer es ist, ihre Rückständigkeit zu bekämpfen, schilderte auch die „Gewerkschaftszeitung“ in ihrer ersten Nummer des laufenden Jahresgangs, wo festgesetzt wird, daß die Organisationen mit alter Tradition ihre Verträge verhältnismäßig reibungslos erneuerten, während in anderen Industriezweigen der zähe Widerstand eines verbissenen, noch immer in überlebten Vorstellungen von den Bedingungen und Erfordernissen des sozialen Lebens verharrenden Unternehmertums lebhaftige Kämpfe hervorrief, wobei in erster Linie der Textilarbeiterverband genannt wurde.

Dieses so charakterisierte Unternehmertum wird hier in Kassel immer noch gestärkt durch unorganisierte Textilarbeiter, durch Mangel an gewerkschaftlicher Einheit in der Textilindustrie. Ein im Kasseler Volksblatt und im „Textilarbeiter“ von der Verbandsleitung erschienener Artikel: „Solidarität gegen Einheitsbestrebungen ohne Einheitswillen“, der seine Wirkung nicht verfehlte, brachte eine Reihe von Uebertritten in den Textilarbeiterverband. Mit einer Feststellung der gewerkschaftlichen Aufgaben für das Jahr 1928 und einer besonderen Aufforderung zum Kampf für die wirtschaftspolitischen Interessen der Textilarbeiter bei den bevorstehenden Wahlen, schloß dann der Redner unter lebhaftem Beifall seinen inhaltreichen Bericht.

In seinem Kassenbericht konnte Kollege Diehl über einen guten Aufstieg berichten. Zwar mußte der Kassierer feststellen, daß es leider immer noch Mitglieder gibt, die zu niedrige Beiträge zahlen, aber der wöchentliche Durchschnittsbeitrag ist immerhin beträchtlich gestiegen. Neueinnahmen wurden 1323 erzielt. Der Gesamtbeitrag an gezahlten Unterstützungen beträgt 1528,30 Mark.

Die Aussprache, die sich sehr reger gestaltete, wurde vom Geweiler Kollegen Edel eröffnet. Er besprach die oft auftauchende Forderung nach zwischentariflichen Lohnregelungen, die der Redner als ein sehr zweifelhaftes Mittel nachwies und sie deshalb ablehnte. An der weiteren Aussprache nahmen noch eine Reihe von Kollegen teil, die sich fast durchgängig über die geleistete Arbeit sowie über den vorgelegten schriftlichen als auch über den erstatteten mündlichen Bericht anerkennend ausprägten.

Nach einem Schlußwort, in dem der Kollege Kolbe auf die einzelnen Punkte, soweit es notwendig war, einging, wurden dann folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Einstimmig wurde der Ortsverwaltung Entlastung erteilt.
2. Ebenfalls wurde einstimmig beschlossen, daß die Delegierten zur Delegiertenversammlung in Mitglieder-Betriebsversammlungen gewählt werden müssen.
3. Mit 15 gegen 12 Stimmen wurde beschlossen: der Lokalzuschlag wird von 10 auf 20 Pfennig pro Beitragsmarkte erhöht, und zwar mit der Maßgabe, daß die Festsetzung der Zeit, ab der der erhöhte Zuschlag erhoben werden soll, der Ortsverwaltung überlassen bleibt.
4. Einstimmig wurde auch beschlossen, daß alle Verbandsfunktionäre mit aller Energie und ununterbrochen dahin zu wirken haben, daß alle Kolleginnen und Kollegen ihre Beiträge mindestens in der im Statut vorgeschriebenen Höhe leisten.

Die Wahl der Ortsverwaltung erfolgte ohne Stimmzettel und einstimmig. Zu den bisherigen Mitgliedern wurden neugewählt die Kollegen Robertstädt und Bodemühl als Revisoren.

Nach fünfstündiger angestrengter gewerkschaftlicher Arbeit wurde dann die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation geschlossen.

Ein gelehriger Schüler.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichten wir in Nr. 15 des „Textilarbeiter“ einen Artikel, der sich mit dem Regierungsrat a. D. Herrn Schaffer beschäftigte, und von dem wir schrieben, daß er Schlichter sei. Vom Reichsarbeitsministerium wurde uns mitgeteilt, daß Herr Schaffer nicht Schlichter, sondern Syndikus der badischen Arbeitgeber sei.

Wir stellen hiermit den uns unterlaufenen Irrtum richtig und verweisen darauf, daß wir in dieser Angelegenheit ein Opfer der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“ geworden sind, die den Herrn Regierungsrat a. D. Schaffer als Schlichter bezeichnete. Wir stützen uns in unserem Artikel auf die vom „Arbeitgeber“ gebrachten Ausführungen des Herrn Schaffer.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, 29. April 1928, ist der Beitrag für die 17. Woche fällig

Zur Beachtung!
Die ausgeschriebenen Stellen für Stuttgart und Greiz sind befreit.
Für Stuttgart wurde der Kollege Heinrichs von M.-Gladbach und für Greiz der Kollege Reinhold aus Ubadisthal gewählt.
Allen Bewerbern besten Dank.
Der Hauptvorstand.
gez.: Karl Schrader.

Rechtzeitige Einwendung der Karten ist notwendig, um Zeit und Porto für Mahnungen zu sparen.
Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß der Aprilbericht für die Markenstatistik von allen Ortsverwaltungen pünktlich bis zum 7. Mai einzufenden ist.
Der Vorstand.

Verlorenes Mitgliedsbuch.
Das Mitgliedsbuch des Kollegen Max Albin Groß, geb. am 18. Juni 1883 in Harmannsdorf, eingetretener in den Verband am 17. Oktober 1906 in Kirchberg i. Sa. Stammbuch-Nr. 355 913, ist verlorengegangen.
Bei Auftauchen des Buches wird gebeten, dasselbe an die Ortsverwaltung Kirchberg i. Sa. einzufenden.

Adressenänderungen.
Gau Hannover. Soltau. V: Georg Hinge, Lüneburger Str. 58.
Gau Barmen. Hagen i. W. V: W. Feinler, Hagen i. W. Jahnstr. 2.

Verlag: Karl Schrader in Berlin, Ormeier Str. 29. — Verantwortlicher Redakteur: Hugo Wessell in Berlin. — Druck: Hermann Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer in Berlin.



?

MARSCHIERT AUF

ZU HAUF



AM ERSTEN MAI!

Gebt zu, bekennt,
daß ihr die Leiber nicht frühzeitig verbraucht,
die Gesichter nicht vorzeitig verwelkt,
die Mäuler, noch bevor sie gelacht und geküßt,
schon vergeämt und verbittert sehen möchtet.

Bekennet so ihr Frauen!
Seid unbekümmert des Alten!
Stellt euch in Reih und Glied mit den Jungen,
den werdenden,
mit den Männern,
den Trägern von Kraft und Selbstbewußtsein.

Schwenkt ein in diese Front,
als Junge, als werdende,
als verkörperte Entwicklung.

Füllt die Straßen,
verstärkt den Marschakt,
gebt ihm noch nie gekannten Rhythmus.

Fügt über auch der gezeigten proletarischen Not
die eure bei,
die seit Jahrzehnten, seit Jahrhunderten,
seit Jahrtausenden die eure gewesen ist.

Das gerüttelt Maß voll Not,
das jede von euch trägt,
stellt der hochnässigen Öffentlichkeit vors Gesicht,
vor die scheinheilige Frage.

Auf daß sie erschreckt, sich besinnt,
dort wo es noch zu einem Besinnen langt.

Oder auf daß sie sich fürchtet
vor dem Tag, da ihr aufsteht,
gepackt, überwältigt von dem unerbittlichen
Verlangen Mensch zu sein und deshalb
abrechnet mit jenen,
die dieses Menschwerden bekämpfen.

Frauen stellt euer Leid heraus
auf daß die, die solches ebenfalls tragen,
wer Schicksalsgenosse, [erkennen:
wer Bundesgenosse
im Kampfe gegen die Not,
im Kampfe um die Freude ist.

Frauen marschieret auf
zu Hauf
am ersten Mai.

ea.

er Ma
ummelwirbel Schwirren,
den Schläfer, schreden Spießer,
den das Fest der Arbeit.
gend zeigt sich im Sonntagsstaat.
Körper — gestrafft, gepußt,
hängt mit buntem Kleiderzeug
falschem Sein —,
streifen im Werden mit Mutter Natur.
inner stehen an Straßenecken,
Plätzen.
ummeln sich um rote Banner.
gen mit Stolz Berufs- und Klassenbündnis.
Frauen!
wo bleiben die Frauen!
er laufen welche im Zuge.
st sind etliche.
er die Massen!
Millionen!
Morgen um Morgen zur Fabrik,
im Büro, zur Arbeitsstätte eilen!
am Abend erschöpft, erschlaft, geht,
[gesagt,
em anderen denn Menschen ähneln.
bleiben sie?
bleiben die Frauen am Festtag der Arbeit!
und Kummer,
das, was Großmutter dachte und strebte,
in einer in Vergangenheit machenden
Anschauung und Öffentlichkeit überliefert,
im Lebensgrundsatz befohlen,
es hindert den Massenaufmarsch der Frauen.
oll die Vergangenheit triumphieren!
oll Gewesenes über Gewordenes und
[Werdendes liegen!
oll „Lerne leiden ohne zu klagen“
mer Wahrspruch für Arbeiterinnen sein!
anen entscheidet!
agt, schreit ihr nach Not oder nach Freude,
ollt ihr Lasttier oder Mensch sein!

Der erste Mai und die Arbeiterinnen.

Nur der verdient die Freiheit und das Leben,
der täglich sie erkämpfen muß. Goethe.

Wieder haben wir den 1. Mai, den großen Feiertag des Proletariats. Wer aus edler Gesinnung geboren in sich fühlt im Protest gegen jede Kulturreaktion, mag man sie auch mit so schönen Namen benennen, der schwört an diesem Tage, er die Stunden nutzen will, um aufzurütteln und anzukämpfen zum geschlossenen Kampfe um die wahre Freiheit jedes Menschen. Wenn die schlummernden Kräfte der Natur zu neuem Leben erwachen, wenn das Maienwunder seiner ewig jungen Schönheit sich uns wieder offenbart, um ist auch das Sehnen nach Freiheit, nach Lebenssonnen in der Menschenbrust lebendiger denn je.

Seit zum erstenmal im Jahre 1891 das deutsche Proletariat seinen Maientag feierte, haben auch alljährlich die Arbeiterinnen am 1. Mai ihre Stimme erhoben für die Gleichberechtigung der Geschlechter. Aber dieses Verlangen galt nicht nur dem politischen Leben; es galt ebenso sehr dem wirtschaftlichen Befreien, und in diesem Streben wußten sich die Frauen der arbeitenden Klassen eins mit den Männern, in ihren Reihen kämpften sie Schulter an Schulter mit ihren Arbeitsbrüdern.

Wie außerordentlich schwierig die Werbearbeit in den vergangenen Jahren unter den Frauen war, kennzeichnen sehr deutlich unsere beiden Vorkämpferinnen Adelheid Popp und Marie Baader in ihrem Buch „Aus dem Leben einer jungen Arbeiterin“ und „Die Arbeiterinnen“. Diese Schwierigkeiten wurden hervorgerufen durch die besondere Eigenart der Frauen selbst, sondern auch durch die damaligen Vereins- und Versammlungsgesetze, welche die damaligen Vereins- und Versammlungsgesetze die Handhabe boten, dazu bei. Volksversammlungen wurden wegen Beteiligung von Frauen kurzerhand aufgelöst. Bald durften Frauen nicht mit den Männern zusammen im Saale sitzen, bald mußten sie sich rechts, bald links, bald auf der Tribüne setzen. Ja, die Polizei war damals bemüht, die Frauen vom Versammlungsbesuch und von jeder politischen Betätigung abzuschrecken. Aber es war vergebliche Arbeit, die Zahl der organisierten Frauen wuchs von

Jahr zu Jahr immer mehr. Endlich, im Jahre 1908, wurde der § 8 des preussischen Vereins- und Versammlungsgesetzes, der die Frauen mit unmündigen Personen in eine Reihe stellte, beseitigt. Diese war der erste Schritt zur Aufhebung der politischen u. rechtlichen Ungleichheit der Geschlechter. Noch weitere zehn Jahre haben dann die Frauen der Arbeiterklasse noch schwer an ihrer Arbeitsbürde tragen müssen. Die gesamte Frauenwelt hat noch das ungeheure Leid, verursacht durch den schrecklichsten aller Kriege, erdulden müssen, bevor die Frauen als gleichberechtigte Staatsbürger anerkannt wurden. Die siegreiche Revolution brachte endlich die volle Gleichberechtigung der Geschlechter, wofür die Sozialdemokratie ja ständig gekämpft hat. Heute können die Frauen zu allen Körperchaften wählen und ihr Stimmrecht ausüben und können auch selber gewählt werden. In allen Parlamenten, im Reichstag, sowie in den Landes- und Gemeindeparlamenten sind Frauen tätig, um die Forderungen der Arbeiterinnen mit allem Nachdruck zu vertreten und sie in die Tat umzusetzen.

Mit Stolz blicken wir zurück auf die Vergangenheit des 1. Mai. Doch mit ganz eigenen Gefühlen empfinden wir Frauen die Maifeier. Wir sind wohl politisch freie Menschen geworden und haben doch noch nicht das sichere, beglückende Gefühl der Freiheit; zuviel Ketten klirren noch an unseren Gelenken, Unverständnis und Vorurteil begegnen uns noch immer auf Schritt und Tritt, mit geistigen und materiellen Nöten haben wir täglich zu kämpfen. Und doch wollen wir uns des Sieges freuen. Der Blick der werktätigen Frauen und Mädchen soll sich mit Stolz auf ihre gewerkschaftliche Organisation richten. Sie war das Mittel zum Zweck und wird es weiter sein. — Viele schöne Gedanken werden täglich in den Köpfen der schaffenden Menschen geboren und verdichten sich zu Ideen. Aber nur selten hat der Schöpfer dieser Ideen allein die Kraft, sie zur Durchführung zu bringen. Einigkeit und Geschlossenheit macht stark, das ist das Leitmotiv bei allen gemeinsamen Handlungen des Proletariats gewesen, die zum Aufstieg und Erfolg führten.

Eine der wichtigsten sozialpolitischen Forderungen, die alljährlich am 1. Mai erhoben werden, ist der gesetzliche Achtstundentag. Diese Forderung findet immer lauterem Widerhall in den Herzen der Arbeiterinnen. Immer größer wird das Heer der arbeitenden Frauen und Mädchen, die am 1. Mai

zum Ausdruck bringen, daß sie in erster Linie ein Anrecht haben, Zeit zu gewinnen zur Erholung und Bildung, für Gemütsruhe, Glück und Lebensfreude. Die wirtschaftliche Entwicklung drängt von Jahr zu Jahr neue Tausende von Frauen, namentlich auch verheiratete, in die Industrie, in den Wirtschaftskampf. Der Achtstundentag bedeutet auch für die Textilarbeiterinnen eine längere Erhaltung ihrer Arbeitskraft, ihrer Gesundheit und des Lebens selbst. Ebenso als Trägerinnen und Erzieherinnen der künftigen Generation, als Mütter, haben die Textilarbeiterinnen ein Anrecht auf Verkürzung der Arbeitszeit. Durch die Revolution erhielt wohl die Arbeiterschaft den Achtstundentag. Doch dieser wichtige Kulturfaktor ist in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges leider der Profitgier des Unternehmertums zum Opfer gefallen. Die Textilarbeiterschaft, insbesondere die Arbeiterinnen, haben deswegen alle Ursache, nicht nur am 1. Mai, sondern den Achtstundentag zu demonstrieren, sondern auch mit allen Mitteln dafür zu kämpfen. Die Textilarbeiterinnen müssen in diesem Kampf freudig und zuversichtlich in den vordersten Reihen stehen. Wir werden um so eher zum Siege gelangen, wenn die noch abseitsstehenden Arbeitsschwärmer erkennen, daß auch sie Ausgebeutete sind und daher die Pflicht haben, mitzukämpfen. Gerade ihnen ist zum Bewußtsein zu bringen, welche volkswirtschaftliche Bedeutung in ihrer Arbeitskraft liegt und welche Rechte sie erlangen können, wenn sie sich der gewerkschaftlichen und politischen Organisation anschließen. Benutzen wir daher den 1. Mai zur Werbung neuer Mitkämpferinnen.

Demonstrieren wir aber auch an der Seite unserer Arbeitsbrüder an unserem diesjährigen Weltfeiertag

für den gesetzlichen Achtstundentag,
für weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung,
für Völkerfrieden und Völkerfreiheit,
für den Sozialismus!

Darum, Textilarbeiterinnen, feiert den 1. Mai! Zeigt, daß auch ihr Mitkämpfer seid im großen Kampf der Befreiung der Arbeiterklasse.

Staatsbeihilfen für Schwangere.

Auf Grund eines Landtagsbeschlusses hat die sächsische Regierung für schwangere gewerbliche Arbeiterinnen, die in einem Gewerbebetrieb beschäftigt sind, Anspruch auf Wochenhilfe nach § 195a der Reichsversicherungsordnung haben und wegen ihrer Schwangerschaft länger als sechs Wochen vor der Geburt ihre Arbeit niederlegen, 200 000 M. herabgestellt.

Die Beihilfe beträgt für die siebente und achte Woche vor der Geburt 1,50 M. für den Kalendertag, und von der sechsten Woche bis zur Geburt werden Differenzbeträge, die sich zwischen den Bezügen der Krankenkassen und dem Betrag von 1,50 M. ergeben, für den Kalendertag gewährt.

Es soll damit erreicht werden, daß die schwangeren gewerblichen Arbeiterinnen möglichst acht Wochen vor der Entbindung ihre gewerbliche Arbeit einstellen.

Die Schwangeren tun gut, sich zu gegebener Zeit eine Bescheinigung vom Arzt oder von einer Hebamme ausstellen zu lassen, daß sie voraussichtlich in der siebenten oder achten Woche entbinden werden. Außerdem hat die Versicherte nachzuweisen, daß sie ihre gewerbliche Beschäftigung auch wirklich eingestellt hat.

Die Krankenkasse hat nach Beibringen dieser Bescheinigungen die Beträge auszuführen. Die Endabrechnung erfolgt sofort nach der Geburt, weil sich dann erst feststellen läßt, für wieviel Tage die Staatsbeihilfe zu zahlen ist. Etwa sich ergebende Differenzen werden bei den übrigen Leistungen der Krankenkasse ausgeglichen.

Auszahlungsberichtig ist diejenige Krankenkasse, bei der die Versicherte versichert ist.

Die Krankenkassen haben vier jährlich die abgeschlossenen Fälle mit ihren sächsischen Krankenkassen-Spitzenverbänden abzurechnen, die dann für die Ueberweisung der verlegten Beträge sorgen.

Die Staatsbeihilfe ist eine vorläufige und wird gezahlt, bis die dazu von der Regierung zur Verfügung gestellten 200 000 Mark verbraucht sind.

Wo diese Voraussetzungen vorliegen und die Geburt nach dem 31. März 1928 eingetreten ist, ist diese Beihilfe zu zahlen.

Nähere Auskünfte erteilen die Krankenkassen. Die Krankenkassen erhalten von ihren Spitzenverbänden noch nähere Anweisungen.

Unternehmeryndizi und Heimarbeiter-schutz.

Aus Annaberg im Erzgebirge wird uns geschrieben:

Am 3. Oktober 1922 wurde im Reichsgeblätt Nr. 68 eine Verordnung über die Errichtung eines Fachauschusses für Hausarbeit in der Posamentenindustrie des Sächsischen Erzgebirges vom Reichsarbeitsminister veröffentlicht. Der Bildung des Fachauschusses wurden aber seitens der Unternehmer erhebliche Schwierigkeiten entgegengesetzt. Die Unternehmer lehnten es ab, ein Vertreteramt im Fachauschuß zu übernehmen. Es bedurfte erst wochenlangem Bemühungen der Annaberg. Gewerbeinspektion, um die Arbeitgeber geneigt zu machen, ein Vertreteramt zu übernehmen.

Am Juni 1925 ist dann der Fachauschuß zusammengetreten, um für das sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium ein Gutachten über den Rückgang der Posamentenarbeit im oberen Erzgebirge abzugeben. (Wir haben das Gutachten leinerzeit im „Textil-Arbeiter“ veröffentlicht. D. R.) Erwähnen wollen wir nochmals, daß in dem Gutachten festgestellt wurde, daß die Durchschnittslöhne in der Posamentenindustrie ungefähr 10 bis 12 Pf., in der Lampenfrankenindustrie 7 bis 8 Pf., in der Knopfmadelei 6 bis 7 Pf. pro Stunde betragen. Diese Löhne wurden auch bei den Arbeitgebern als richtig anerkannt, und das Gutachten wurde einstimmig abgegeben. Der Fachauschuß hat daraufhin folgende Löhne festgesetzt:

für die Möbelbranche	17 bis 26 Pf.
„ „ Filzstricker	17 „ 24 „
„ „ Posamentenindustrie (Seidenbällchen, Püscheln u. dgl.)	20 „ 32 „
„ „ Lampenfrankenindustrie	16 „ 20 „
„ „ Gortschlängerei	19 „ 21 „
„ „ Beschnürereien	20 „
„ „ Filzknöpfe	14 „
„ „ handgeflochtenen Spitzen	16 „ 20 „

Die Unternehmer haben auch diese niedrigen Löhne leider nicht eingehalten und es bedurfte einer scharfen Kontrolle der Gewerbeaufsichtsämter, um die Unternehmer zur Einhaltung dieser vom Fachauschuß festgesetzten Löhne anzuhalten. Die Unternehmer finden in der Kontrolle durch die Gewerbeaufsichtsämter eine „unenträglich“ Belastung. Sie wenden sich deshalb gegen die Tätigkeit des Fachauschusses und der Kontrollorgane.

In einem Aufsatz „Heimarbeitsfragen und Fachauschuß für Hausarbeit in der erzgebirgischen Posamentenindustrie“ vertritt der Arbeitergenossenschaftsleiter Herr Hugo Weigner, Annaberg, den Nachweis zu erbringen, daß bei dem weiteren Festhalten an den gegenwärtig bestehenden Arbeitslöhnen sowie des Fortbestehens der Kontrolle die Posamentenindustrie zugrunde gerichtet wird. Herr Weigner schreibt in seinem zweieinhalb Spalten langen Aufsatz unter anderem:

„Nachdem nun die vom Fachauschuß festgesetzten Heimarbeitslöhne für alle Branchengruppen seit längerer oder kürzerer Zeit in Kraft getreten sind, muß die Wirkung derselben als verheerend und katastrophal bezeichnet werden.“

Mit lächerlichen Salbadereien, daß die „Aufträge an die Auslandskonkurrenz abwandern, weil wir zu unseren Arbeitslöhnen nicht mehr konkurrenzfähig sind“, „von der Abwanderung der heimischen Industrie ins Ausland“ und anderen pseudowirtschaftlichen Ausführungen versucht er gegen den wüthigen Schuß der Heimarbeiter anzukommen. Also auf die bewährteste Art, nämlich durch Lohnreduzierung auf der Herr Spadikus Weigner einem von einem unfähigen Unternehmerrum zugrunde gerichteten Wirtschaftszweig wieder neues Leben einhauchen. Nicht die niedrigen Löhne sind schuld an der gegenwärtigen Lage der Posamentenindustrie, sondern diejenigen Unternehmer, die mit den geringsten Mitteln, aber durch die schlimmste Ausbeutung der Arbeiterkraft möglichst große Gewinne einfahren wollen. Mit der Ausführung des Herrn Weigner sich zu beschäftigen lohnt sich nicht. Wenn wir trotzdem hier darauf Bezug nehmen, so deshalb, um zu zeigen, wie sich ein Unternehmerrum sich fühlt von jeder sozialen Gefahrung und wie ihm jedes Rücksichtnehmen gegenüber dem Menschen, der sich als Arbeiter durchschlägt, abgeht.

Industrie und Handel tagen.

Unklare Parolen und Hemmungen.

Der Industrie- und Handelstag hat vor einigen Tagen seine 48. Vollversammlung in Berlin abgehalten. In dieser Organisation, die auf gesetzlicher Grundlage beruht, sind die Industrie, der Handel, das Handwerk und das Bankgewerbe organisiert. Als Ergebnis seiner Tagung nahm der Industrie- und Handelstag eine Entschlieung an, in der die bekannten Forderungen der industriellen Wirtschaft erhoben werden. Sie unterscheidet sich nicht wesentlich von jenen Resolutionen, die regelmäßig auch von anderen ähnlichen Tagungen beschlossen werden. Für die Arbeiterschaft ist die diesmalige Entschlieung deshalb von Reiz, weil in etwas revidierter Form auf die Sozialbelastung und die Lohnschiedsgerichtigkeit eingegangen wird. Man darf die in der Resolution dargelegten Gedankengänge wohl als die allgemeine Auffassung des deutschen Unternehmertums bezeichnen.

Zur Sozialbelastung wird gesagt, daß die Grundlage der Sozialpolitik beibehalten werden soll. Aber es müssen alle mit den sozialen Erfordernissen vereinbarten Entungen des Aufwandes, der den Wirtschaftsertrag wie den Lohn immer erheblicher beengt, angestrebt werden. Durch übermäßige Klarheit zeichnet sich diese Formulierung gerade nicht aus. Was heißt eigentlich alle mit den sozialen Erfordernissen vereinbarten Entungen des Aufwandes? Soll damit auf eine Rationalisierung des Verwaltungsapparates hingewiesen werden? Wir sind die letzten, die sich dem widersetzen. Sozialen Rücksicht werden wir aber mit allen Mitteln bekämpfen. Ueber die Lohnschiedsgerichtigkeit wird folgendes gesagt: „Eingriffe des Staates in das Lohnwesen müssen auf das im überragenden Interesse der Allgemeinheit entbehrliche Maß beschränkt werden. Ein Abgehen von dem Gedanken, daß Lohnverbesserungen stets mit dem Erfordernis der Rentabilität der Unternehmen im Einklang zu bringen sind, bedeutet eine unverantwortliche Gefährdung der Betriebe und ist daher aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen zurückzuweisen.“ Wenn der Industrie- und Handelstag solche Sätze prägt, übernimmt er selbstverständlich die Pflicht, nachzuweisen, daß irgend ein Wirtschaftszweig bereits durch einen Lohnschiedspruch oder eine Verbindlichkeitsklärung unrentabel gemacht wurde. Diesen Beweis schenkte sich die Berliner Tagung; er dürfte auch angehts der Tatsache, daß die Industriente fortwährend steigt, schwer zu erbringen sein. Wenn es natürlich nach dem Unternehmertum geht, dürfen Eingriffe des Staates in das Lohnwesen, also Verbindlichkeitsklärungen, nur dann erfolgen, wenn das zugunsten des Unternehmertums geschieht. Dann ist ihrer Auffassung nach nämlich das überragende Interesse der Allgemeinheit gegeben. Selbstverständlich ist auch, daß dieses Interesse der Allgemeinheit nicht vorhanden ist, wenn eine Verbindlichkeitsklärung zugunsten der Arbeiterschaft erfolgen soll. Der Industrie- und Handelstag dürfte einsehen, daß man mit solchen Formulierungen nicht weiterkommt.

Eine unparteiische Instanz im Lohnwesen erscheint besonders so lange dringend notwendig, als die ganze kapitalistische Wirtschaft mehr als je von dem Bestreben beherrscht ist, überlegte Preise zu erzielen. Auf der Berliner Tagung der Industrie- und Handelskammer hielt der bekannte Großindustrielle v. Siemens einen längeren Vortrag, in dem er die beabsichtigte Tarifierhöhung der Reichseisenbahn zu rechtfertigen versuchte. Wir geben rüchhaltig zu, daß die Reichseisenbahn alles tun muß, um auf der Höhe zu bleiben, und sind davon überzeugt, daß die bei der Reichseisenbahn geplanten Neuanlagen wirtschaftliche Notwendigkeit sind. Streitfrage ist nur, woher die Mittel für diese Neuanlagen genommen werden sollen. Die Reichseisenbahn steht mit dem Großindustriellen v. Siemens auf dem Standpunkt, daß zur Beschaffung dieser Mittel die Preise erhöht, d. h. überlegt werden müssen. Wir sind jedoch der Auffassung, daß die Eisenbahn, um das Neuanlagekapital zu erhalten, an den Anleihemarkt gehen muß, wie man das früher auch tat, und müssen in diesem Zusammenhang feststellen, daß die Reichseisenbahn bis jetzt nicht den ersten Versuch gemacht hat, die entsprechenden Anleihen hereinzubekommen, die man dann im Laufe von Jahrzehnten abtragen kann, ohne den Verkehr, die Wirtschaft und die Verbraucher bedenklich zu belasten. Die geplante Tarifierhöhung bei der Reichseisenbahn soll 250 Millionen Mark ausmachen. Soll das Geld hereinkommen, dann müssen die Tarife zum mindesten um 5 Proz. erhöht werden. Das sind ungeheure Summen. Wenn Herr v. Siemens die Belastung der Wirtschaft durch eine Tarifierhöhung weniger tragisch nimmt als die Öffentlichkeit, dann hat das seine Gründe. Der Siemens-Konzern ist Hauptlieferant der Reichseisenbahn. An der Verwendung des durch Tarifierhöhungen zu beschaffenden Anleihkapitals ist der Verteidiger der geplanten Tarifierhöhung auf dem Berliner Industrie- und Handelstag, Herr v. Siemens, persönlich interessiert. Für die Allgemeinheit sieht sich diese Tarifierhöhung aber ganz anders an. Sie bedeutet die Auslösung einer neuen Teuerungswelle. Die in den letzten Monaten durchgesetzten Lohnerhöhungen werden so illusorisch gemacht. Hinterher wird sich natürlich Herr v. Siemens beklagen, wenn die Arbeiterschaft ihre Lohnforderungen anmeldet. Man kann doch nicht gut in Teuerungsurfachen, wie die Erhöhung der Eisenbahntarife, Voraussetzungen für Forderungen der Gewerkschaften schaffen und hinterher diese Lohnforderungen in der Defferlichkeit hiermit auf Begehrlichkeit der Arbeiter und auf die aus der Inflationszeit bekannte Schraube ohne Ende bekämpfen. Es muß endlich Schluss mit dem System gemacht werden. Die im Wiederaufbau unserer Wirtschaft entstehenden Kosten, die Kosten der Kapitalneubildungspolitik, ganz und gar auf die breiten Massen abzumägen.

In Wirklichkeit handelt es sich bei der Tarifierhöhung der Reichseisenbahn um ein besonderes Kapitel der Kapitalneubildung. Man hat in der Öffentlichkeit dafür das Wort Selbstfinanzierung geprägt. Sie ist besonders bei den großen Trusts in Nordamerika gebräuchlich und von dort durch die deutschen Unternehmer übernommen worden. Kaufmännisch und volkswirtschaftlich

gesund ist es, Neuanlagekapital auf dem Anleihemarkt zunehmen. Die Schulden können dann, wie bereits oben merkt, im Laufe von Jahrzehnten abgetragen werden, so daß man den Konsum belastet. Ohne Zweifel erfolgt technische Fortschritte eine größere Neuerung der Anlage und damit erhöhte Abschreibungen. Jedoch sind die Gewinne der deutschen Unternehmungen so hoch, daß die Erneuerung der Maschinenparks und die größeren Abschreibungen durchgeführt werden können, ohne daß man den Verbraucher durch noch höhere Preise belastet. Die Methode also, notwendige Neuanlagekapital durch überlegte Preise zuzubringen, die Selbstfinanzierung, die Kapitalbildung Betrieb auf direktem Wege ist entbehrlich. Sie bedeutet auch keine Konsolidierung der Wirtschaft, höchstens eine übergehende Konsolidierung der Betriebe. Denn bei den betrieben ist es so wie bei den Wäldern: kein Volk kann für zu wirtschaftlichem Wohlstand gelangen, wenn sich nicht Wohlstand jener Wälder und jener Wirtschaften steigert, denen dieses Volk handelt, und der auch innerlich noch so großen Reserven ausgerüstete Betrieb muß zu kümmern, wenn es der ganzen Wirtschaft schadet. Das ist eine Binsenwahrheit, die aber Herr v. Siemens nicht begriffen hat.

Es sind gut drei Jahre her, als der ehemalige Reichsminister v. Kaumer, Vertreter der elektrotechnischen Industrie die Uebertragung der Methode der Selbstfinanzierung auf die staatlichen Konzepte empfahl. Damals hatte die Reichspost, die besonders der elektrotechnischen Industrie beliefert wird, unter den Umständen, wie wir sie heute bei der Reichseisenbahn finden, kein Geld, um die notwendigen Neuanlagen zu schaffen. oben erwähnte v. Kaumer sagte damals kurz und bündig es sei für den einzelnen Kunden der Post ganz egal, ob er den Brief mit 10 oder 15 Pf. frankiere, die Reichspost aber erhalte dadurch die Mittel um Neuanlagen zu schaffen, d. h. um Bestellungen an elektrotechnische Industrie aufzugeben. In ähnlicher Weise argumentiert Herr v. Siemens. Die von der Reichspost geforderte Tarifierhöhung, so führte er aus, entpuppt sich für eine Belastung, wie sie durch eine Erhöhung der Stundenlöhne in Deutschland um einen Pfennig entsteht. Das klingt harmlos und ist geeignet, die Deffenlichkeit über die Gefahren der Methode der Selbstfinanzierung hinwegzutäuschen. Nach der Freimarkentaktulation des Herrn v. Kaumer ist die schädliche Erhöhung der Gebühren der Reichspost, wenn es nach Herrn v. Siemens geht, kommt nach der Stundenlohntheorie die Tarifierhöhung bei der Reichseisenbahn. Diese Tarifierhöhung macht aber, wie bereits bereits eine Viertelmilliarde pro Jahr aus. Das ist eine riesige Belastung der Gesamtheit und eine unendliche Belastung, weil sich die Reichseisenbahn das notwendige Anleihkapital ganz gut auf den Geldmärkten beschaffen kann. Jede Teuerungswelle, wie sie durch Tarifierhöhungen Post und der Bahn ausgelöst wird, macht die Lohnneubildung illusorisch, kürzt die Reallohne und beschneidet den notwendigen Warenexport Deutschlands. Die Arbeiterschaft hat größtes Interesse daran, daß die staatlichen Institutionen von der Methode der Selbstfinanzierung verschont bleiben.

Auf dem Industrie- und Handelstag in Berlin hat auch Reichsaußenminister Dr. Stresemann eine Rede gehalten, der er sich für die industrielle Zusammenarbeit der Völker Europas aussprach. Die Notwendigkeit liegt auf der Hand: die anderen Erdteile haben ihren Handel und ihre Produktion gegenüber vor dem Kriege um 30 bis 40 Proz. gesteigert; die europäische Produktion ist demgegenüber hinter dem Stand von 1913 zurückgeblieben. Die Rede Stresemanns weckt gewisse Erinnerungen. Auf der vorletzten Tagung des Industrie- und Handelstages kündigte der Reichswirtschaftsminister eine Senkung der industriellen Zölle an. Man stand damals dem Eindrud der Genfer Wirtschaftskonferenz, die die Befreiung der internationalen Handelswege von den Zollschranken forderte. Seitdem hat sich nur der Reichswirtschaftsrat mit der Senkung der industriellen Zölle beschäftigt. Er hat auch eine Vorlage ausgearbeitet, in der der Regierung empfohlen wird, für ungefähr 300 Waren die Einfuhrzölle zu ermäßigen. Wir wollen gerade über diesen Vorschlag des Reichswirtschaftsrates das gesunde Augenmaß nicht verlieren. Deshalb stellen wir fest, daß die vorgeschlagene Zollermäßigung nicht von erheblichen praktischen Auswirkungen zu erwarten dürfte. Der Wert einer Senkung industrieller Zölle für Deutschland, das größte Industrie- und Handelsland auf dem Kontinent, vornimmt, liegt darin, daß den am Zollprotektionismus krankenden europäischen Völkern durch Deutschland ein Signal im Kampfe gegen die Zollschranken gegeben wird, daß ein großes Industrie- und Handelsvolk mit der Verwirklichung der Genfer Beschlüsse Ernst macht.

Vor einem Jahre wurde das Versprechen, die industriellen Zölle zu senken, gegeben. Seitdem ist der Industrie- und Handelstag wieder zusammengetreten, ohne daß das Versprechen erfüllt wäre. Neben wie die des Außenministers Stresemann über die Notwendigkeit der industriellen Zusammenarbeit der Völker hören sich schon an, sind gemessen für Europa Alarmruf. Aber wie soll es kommen, wenn Deutschland nicht die Initiative aufbringt, eine geringe Senkung seiner Industriezölle vorzunehmen, wenn es uns der Einfluß gewaltiger Interessentenschichten immer wieder verhindert, daß gebotene wirtschaftliche Kurs gesteuert wird? Das deutsche Volk tritt am 20. Mai an die Wahlurne und hat dafür zu sorgen, daß der künftige Reichstag aussteht, daß, wenn der Industrie- und Handelstag im Jahre 1929 zusammentritt, das Versprechen erfüllt ist, ihm der Reichswirtschaftsminister im Jahre 1927 gab.